

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1915

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1915



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Medienmitteilung
Bern, 28. März 2019

Wirtschaft sagt JA zum Waffenrecht: Schengen/Dublin darf nicht riskiert werden

Am 19. Mai wird an der Urne über eine Anpassung des Waffenrechts entschieden. Diese ist zurückzuführen auf eine Weiterentwicklung des Schengen-Acquis. Für die Schweizer Wirtschaft ist klar: Das angepasste Waffenrecht ist wichtig. Es sieht zumutbare Anpassungen vor und erhält gleichzeitig die erfolgreiche Schengen- und Dublin-Mitgliedschaft der Schweiz. Eine Ablehnung hätte hingegen hohe Kosten zur Folge, denn sie würde automatisch dazu führen, dass beide Abkommen noch im laufenden Jahr ausser Kraft treten. Pünktlich zum Schengen-Jubiläum der Schweiz haben die Wirtschaftsverbände heute in Bern ihre JA-Kampagne lanciert.

Automatischer Kündigungsmechanismus – eine Eigenheit des Schengener Abkommens

Die Behauptungen der Gegner, Schengen sei nicht vom Waffenrecht betroffen, ist allgegenwärtig, aber schlicht falsch. Rechtlich gesehen ist der Sachverhalt eindeutig: Artikel 7 im Schengen-Abkommen sieht vor, dass die Mitgliedschaft der Schweiz nach sechs Monaten automatisch erlischt, wenn die Weiterentwicklung des Schengen-Acquis hierzulande nicht fristgerecht umgesetzt wird. Es braucht weder eine Kündigung der EU noch der Schweiz. Aufhalten könnte diesen Prozess nur ein einstimmiger Entscheid des Gemischten Ausschusses Schweiz/EU – und das innerhalb von 90 Tagen. Das ist allein schon aufgrund der kurzen Zeitspanne unrealistisch. Fakt ist: *«Der Entscheid an der Urne geht weit über das Waffenrecht hinaus. Er beeinflusst die Rahmenbedingungen für Schweizer Unternehmen massgebend»*, betont Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung von economiesuisse.

Dank Schengen 1'600 Schweizer Franken mehr in der Tasche

Dass die Schweizer Volkswirtschaft von Schengen/Dublin profitiert ist unbestritten. Das zeigt eine im Auftrag des Bundesrats erstellte Studie deutlich auf. Kurt Rohrbach, Präsident des Handels- und Industrievereins des Kantons Bern, erläutert diesbezüglich: *«Laut einer bundesrätlichen Studie fiel das Schweizer Bruttoinlandprodukt (BIP) ohne Schengen-Mitgliedschaft im Jahr 2030 bis zu 3,7 Prozent geringer aus.»* Bis 2030 wären das bis zu 1'600 Franken weniger Einkommen pro Kopf und Jahr. Dabei fallen vor allem die komplizierteren Abläufe an den Landesgrenzen mit den entsprechenden Wartezeiten stark ins Gewicht. Die Exportwirtschaft würde bis zu 5,6 Prozent weniger einnehmen und der Schweizer Staat müsste im Asylbereich bis zu über eine Milliarde Franken mehr ausgeben.

Schweizer Tourismusregionen brauchen Schengen

Die Wirtschaft zieht grossen Nutzen aus dem einheitlichen Visa für den Schengen-Raum. So besuchen seit dem Beitritt der Schweiz immer mehr Europareisende aus Fernstaaten auch

unser Land und geben hier bis zu 420 Franken pro Tag aus. Davon profitieren nicht nur touristische Betriebe, sondern auch nachgelagerte Branchen wie etwa der Detailhandel. Viele touristische Betriebe konnten sich nach dem Ausbleiben von europäischen Gästen als direkte Folge des Frankenschocks dank dieser neuen Einnahmen über Wasser halten. *«Mit dem Ausschluss aus dem europäischen Visaverbund wären für den Schweizer Tourismus gravierende finanzielle Nachteile und ein ebenso grosser Imageverlust verbunden»*, hält Andreas Züllig, Präsident von hotelleriesuisse fest. Je nachdem, wie die Schweiz künftig ihre Visa mit jenen der Schengen-Staaten koordinieren kann, werden der hiesigen Tourismusbranche laut einer bundesrätlichen Studie jährlich zwischen 200 und 530 Millionen Franken entgehen.

Wichtiger Sicherheitsgewinn

Ein weiterer wichtiger Aspekt für die Standortattraktivität der Schweiz ist die Sicherheit. Die Schweizer Polizei profitiert enorm von Schengen, kann sie doch jederzeit direkt auf das Schengener Informationssystem SIS zugreifen, in dem Personen, Gegenstände und Fahrzeuge europaweit zur Fahndung ausgeschrieben werden. *«Über 50 Fahndungstreffer pro Tag erhalten Schweizer Behörden auf diesem Weg. Allein aus der Schweiz wird das SIS rund 320'000 Mal abgefragt – und das jeden Tag»*, erklärte Philippe Miauton, stv. Direktor der Industrie- und Handelskammer des Kantons Waadt, vor den Medien. Müsste die Schweiz diesen Sicherheitsgewinn ohne Schengen gewährleisten, würde das laut Bund rund eine halbe Milliarde Franken pro Jahr kosten.

Ein Waffenrecht mit zumutbaren Anpassungen ist im Sinne der ganzen Schweiz

Der Bundesrat hat sein Mitspracherecht genutzt und dafür gesorgt, dass die Schweiz ein ausgewogenes und verhältnismässiges Gesetz erhält, das die Schweizer Schiesstradition bewahrt. Dank erfolgreicher Verhandlungen sind von der Anpassung des Waffenrechts nur wenige Personen in der Schweiz betroffen – und erst noch in zumutbarem Ausmass. Die Folgen einer Nichtumsetzung wären hingegen weitreichend. Denn von den beiden Abkommen Schengen und Dublin profitieren nicht nur die Unternehmen, sondern alle Schweizerinnen und Schweizer.

Es gibt also zahlreiche gute Gründe für ein JA am 19. Mai. Die Wirtschaft wird sich deshalb stark einbringen im bevorstehenden Abstimmungskampf.

Kontakte für Rückfragen:

- › **Monika Rühl**, Vorsitzende der Geschäftsleitung von economiesuisse
044 421 35 12
- › **Andreas Züllig**, Präsident hotelleriesuisse
079 236 54 58
- › **Kurt Rohrbach**, Präsident des Handels- und Industrievereins des Kantons Bern
076 370 54 01
- › **Philippe Miauton**, stv. Direktor der Industrie- und Handelskammer des Kantons Waadt
079 277 68 41



Redetext von Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung von economiesuisse
Bern, 28. März 2019

Neues Waffenrecht: Es steht mehr auf dem Spiel, als auf den ersten Blick ersichtlich

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Medienschaffende

Ich begrüsse Sie zu unserer Medienkonferenz über das angepasste Waffenrecht, über das wir am 19. Mai abstimmen werden. Mit dieser Anpassung wird die Schweiz neue Massnahmen im Kampf gegen den Missbrauch von Waffen einführen. Das klingt zunächst nicht nach einem Thema, das die Wirtschaft betrifft. Und doch wird der Entscheid an der Urne die Rahmenbedingungen für Schweizer Unternehmen massgebend beeinflussen. Denn das Waffenrecht ist ein Stein im ganzen Schengen-System. Und wie bei einer Domino-Linie sind alle Steine aneinandergereiht. Wird ein Domino-Stein nicht richtig platziert, funktioniert das Ganze nicht mehr. So verhält es sich auch mit dem neuen Waffenrecht. Es ist Teil der Weiterentwicklung des Schengen-Acquis und die Schweiz hat sich verpflichtet, solche Weiterentwicklungen auch hierzulande vorzunehmen. Wird jedoch der Waffenrechts-Stein am 19. Mai nicht richtig gesetzt, hat das automatisch Auswirkungen auf weitere Domino-Steine. Um was für Steine es sich dabei handelt, und weshalb wir sie riskieren würden, möchte ich Ihnen heute darlegen.

Schengen hat uns unbestritten viele Vorteile gebracht. Wir, das sind nicht nur die Unternehmen, sondern jeder Einzelne, verlieren heute weniger Zeit an Grenzübergängen, weil uns Beamte nicht mehr systematisch und ohne Verdacht stoppen. Da deshalb weitaus weniger Staus an den Grenzübergängen in Basel, in Genf oder im Thurgau entstehen, spart die Wirtschaft Kosten in der Höhe von bis zu 3.2 Milliarden Franken pro Jahr. Ich erinnere mich noch gut an das Jahr 2004. Uprötzlich haben unsere deutschen Nachbarn damals die Grenzen zur Schweiz wieder systematisch kontrolliert. Wir waren damals nicht Schengen-Mitglied und somit Aussengrenze. Der Verkehr ist zusammengebrochen. In Basel standen die Autos 13 Kilometer lang hintereinander an der Grenze. Ich war persönliche Mitarbeiterin vom damaligen Bundespräsidenten Joseph Deiss. Erst, als er mit Bundeskanzler Gerhard Schröder telefoniert und ihn auch noch getroffen hat, liess sich die Situation entschärfen.

Apropos Warten: dank Schengen sparen wir nicht nur Zeit an den Landesgrenzen, sondern auch am Flughafen. Wer innerhalb des Schengen-Raums reist, kann sich in der EU gleich frei bewegen wie ein EU-Bürger. Wussten Sie eigentlich, dass wir aktuell ein bedeutendes Schengen-Jubiläum feiern? Heute vor genau zehn Jahren war der letzte Tag, an dem Passagiere in Zürich und Genf für einen Flug nach Madrid oder Helsinki durch eine Passkontrolle gehen mussten. 260 Millionen Franken hat allein der Flughafen Zürich investiert, um die Terminals so umzubauen, dass Schengen-Passagiere rasch zum Gate gelangen. Diese neue Infrastruktur hat er am 29. März 2009 in Betrieb genommen. Die persönliche Reisefreiheit hat sich seither stark erhöht. Sie ist ein bedeutender (Domino) Stein im Schengen-System.

Die Reisefreiheit wirkt sich aber auch in die gegengesetzte Richtung aus. Dank einheitlicher Schengen-Visa können Touristen aus Fernmärkten wie China oder Indien auf ihrem

Europatrip ohne zusätzliche Umstände einen Abstecher in die Schweiz machen. Wie ungemein wichtig das für den Schweizer Tourismus ist, wird Ihnen Herr Züllig gleich erklären. Die Schengen-Visa sind aber nicht nur für Touristen wesentlich. Auch Geschäftsreisende können so leichter in die Schweiz kommen, um hier Kontakte zu knüpfen und Aufträge zu vergeben. Und auch ausländische Wissenschaftler müssen keine zusätzlichen Formulare ausfüllen oder für zusätzliche Visa bezahlen. Dieser Vorteil erhöht die Attraktivität des Schweizer Wirtschafts- und Forschungsstandorts, wie Ihnen Kurt Rohrbach näher erläutern wird.

Im Weiteren profitiert auch die Polizei von Schengen, was die Sicherheit im Land erhöht. Denn unsere Polizisten können auf das Schengener Informationssystem SIS zugreifen, in dem Personen, Gegenstände und Fahrzeuge zur Fahndung ausgeschrieben werden. 50 Fahndungstreffer pro Tag erhalten sie auf diesem Weg. Und insgesamt rufen Schweizer Sicherheitsbehörden das SIS rund 320'000 Mal ab – und das pro Tag! Müsste die Schweiz diesen Sicherheitsgewinn ohne Schengen gewährleisten, würde das laut Bund rund eine halbe Milliarde Franken pro Jahr kosten. Somit ist die Sicherheit ein weiterer (Domino) Stein im Schengen-System, der zur Attraktivität unseres Wirtschaftsstandorts beiträgt.

Der Asylbereich ist ebenfalls betroffen, denn das Dublin-Abkommen ist direkt an unsere Schengen-Mitgliedschaft geknüpft. Das System verhindert in der Schweiz Zweitgesuche, die jährlich bis zu über eine Milliarde Franken kosten könnten. Das entlastet den Staatshaushalt massiv – und damit auch den Steuerzahler. Hierzu wird Ihnen Philippe Miauton noch Näheres erzählen.

Insgesamt profitiert die Schweizer Wirtschaft aufgrund der ausbleibenden Staus, des Sicherheitsgewinns oder den zusätzlichen Touristen und Geschäftsreisenden stark von Schengen.

Aber warum würden diese (Domino) Steine fallen, die Reisefreiheit, der Sicherheitsgewinn, die wirtschaftlichen Vorteile, wenn wir das Waffenrecht nicht anpassen? Ich höre oft, dass Schengen gar nicht vom Waffenrecht betroffen sei. Diese Behauptung ist schlicht falsch. Rechtlich gesehen ist der Sachverhalt eindeutig: Artikel 7 im Schengen-Abkommen sieht vor, dass die Mitgliedschaft der Schweiz nach sechs Monaten automatisch erlischt, wenn sie bis zum 31. Mai ihre Schengen-Partner nicht informiert, dass sie das Waffenrecht angepasst hat. Es braucht weder eine Kündigung der EU noch der Schweiz. Aufhalten könnten das nur sämtliche Vertreter der EU-Mitgliedstaaten und der Kommission im Gemischten Ausschuss. Sie müssten das aber einstimmig beschliessen, innerhalb von nur 90 Tagen. Man kann sich nun selbst ausmalen, wie realistisch im momentanen Umfeld ein solcher Entscheid ist. Gibt es nur eine Gegenstimme, läuft der Kündigungsmechanismus weiter – und der Schweiz läuft schlicht die Zeit davon.

Sie sehen: Es gibt viele gute Gründe für ein JA am 19. Mai. Nun übergebe ich gerne das Wort an Andreas Züllig, dem Präsidenten von hotelleriesuisse.



Redetext von Andreas Züllig, Präsident hotelleriessuisse
Bern, 28. März 2019

Der Schweizer Tourismus braucht das neue Waffenrecht

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Medienschaffende

Haben Sie sich einmal gefragt, woher und warum die Stadt Zürich einen Chinagarten hat? Von ihrer Partnerstadt Kunming.

Kunming ist eine Provinzhauptstadt in Südchina und dort Verkehrsknotenpunkt. Sie hat sich mit dem Garten bei Zürich für die vielseitige Unterstützung bedankt, die Kunming zu einer Vorzeigestadt in China gemacht hat. Zürich hat etwa geholfen, das Busnetz auszubauen oder schützenswerte Häuser zu erhalten.

Zürich hatte natürlich auch Interesse an der engen Zusammenarbeit. Die Stadt versprach sich, mit ihrem Engagement mehr chinesische Touristen anzulocken – doch lange blieb das aus. Die Wende kam nach 2008. Denn seit die Schweiz dem Schengen-Beitritt demokratisch zugestimmt hat, können die Leute in Kunming viel einfacher Zürich bereisen. Sie können den Besuch in der Partnerstadt problemlos auf dem Weg von München nach Mailand einplanen, sie brauchen dafür nur ein Schengen-Visum. So wie sich der Zürcher Tourismus über mehr und mehr Besucher aus Kunming freuen kann, profitieren seit 2008 auch andere Schweizer Restaurants oder Hotels von mehr Gästen aus Fernmärkten wie China und Indien. Und das ist überlebenswichtig.

Zwischen 2008 und 2017 hat sich die Zahl an Logiernächten von Gästen aus Fernmärkten in der Schweiz um 150 Prozent erhöht. Also verzweieinhalbfacht! Und das sind gute Kunden der Schweizer Wirtschaft. Sie geben zwischen 310 und 420 Franken pro Tag aus. Bei den Chinesen sind es 380 Franken. Zum Vergleich: bei den Deutschen Gästen sind es 130 Franken.

Dass der Schweizer Tourismus als Ganzes im letzten Jahr wachsen konnte, liegt nicht zuletzt an dieser erfreulichen Entwicklung. Denn die Herausforderungen im internationalen Kontext sind knallhart. Seit der Franken so massiv angestiegen ist, ist die Nachfrage der europäischen Gäste, unserer Hauptkunden, um 46 Prozent eingebrochen. Und trotzdem kann sich der Schweizer Tourismus behaupten.

Und das ist wichtig für die Schweizer Wirtschaft. Denn der Tourismus steuert 2.6 Prozent zur hiesigen Bruttowertschöpfung bei, das Gastgewerbe beschäftigt fast 250'000 Menschen.

Um die Bedeutung von Schengen für uns Touristiker nachvollziehen zu können, muss man sich über etwas Weiteres bewusst sein: Die Aufenthaltsdauer von Gästen aus Fernmärkten in der Schweiz ist relativ kurz. 1.3 Tage bei Chinesen beispielsweise. Jetzt stellt sich die Frage: Wie viele von diesen Gästen sind für die kurze Dauer bereit, neben dem Schengen-Visum ein zusätzliches Schweizer-Visum zu lösen? Sie alle sind auch schon auf Reisen gewesen, und lassen Sie mich als Hotelier Ihnen bestätigen: Gäste mögen keine Umstände! Wer erfolgreich sein will, muss dafür sorgen, dass alles reibungslos läuft. Tritt die Schweiz aus dem Schengen-Raum aus, macht sie genau das Gegenteil. Sie legt den Touristen

Steine in den Weg. Und dabei geht es nicht nur um die 50 Franken, die ein zusätzliches Schweizer Visum kosten würde.

Bleiben wir in Kunming. Schengen ist mehr als nur Visa. Es ist ein System. Dazu gehören auch sogenannte Vertretungsvereinbarungen unter den Visa-Stellen im Ausland. Es gibt dadurch 61 solcher Stellen, die von anderen Schengen-Staaten betrieben werden, aber auch für die Schweiz Visa ausstellen. So können die Touristen einfach zu der Stelle gehen, die für sie am nächsten ist. Wenn die Schweiz aus Schengen austritt und nicht für viel Geld massiv viele neue Stellen eröffnet, könnten die chinesischen Touristen in Kunming kein Visum für die Schweiz mehr lösen. Sie müssten zur nächstgelegenen Schweizer Stelle. Die ist in Chongqing. Wissen Sie, wie weit Chongqing von Kunming entfernt ist? Man fährt fast 12 Stunden lang mit dem Auto dorthin und legt 921 Kilometer zurück.

Eigentlich sollte angesichts all der Zahlen und Umstände klar sein, dass für den Tourismus beim Waffenrecht keine Experimente drin liegen. Und trotzdem geistert das Argument umher, der Schweizer Tourismus brauche Schengen nicht, denn die Schweiz könne die ganze Visum-Geschichte selber lösen. Man könne ja die Schengen-Visa einseitig anerkennen. Das verkennt die Vielfalt an Gründen, weshalb es für Touristen aus Fernmärkten seit dem Schengen-Visum attraktiver ist, in die Schweiz zu kommen. Ich habe vorher die Vertretungsvereinbarungen erwähnt. Die wären dann zum Beispiel weg.

Denn eine einseitige Anerkennung ist vor allem eines: Einseitig. Wir können Schengen-Visa anerkennen, aber die Schengen-Staaten werden Touristen mit Schweizer Visa nicht durchwinken. Was macht jetzt also ein Chinese, der ein single-entry Schengen-Visa hat und von München nach Mailand über Zürich reisen will? Sobald er in Schaffhausen über die Grenze ist, verliert er sein Schengen-Visum. Will er nun im Tessin nach Italien, hat er ein Problem.

Eine einseitige Anerkennung ändert auch nichts daran, dass wir ohne Schengen nicht mehr Teil des Visa-Informationssystem sind. Wir könnten also nicht mehr mitbestimmen, wer ein Schengen-Visum erhält – und Informationen hätten wir auch keine darüber. Wir würden die Kontrolle bei der Visa-Ausstellung komplett aus der Hand geben. Damit machen wir uns direkt auch abhängig von der EU. Ich persönlich finde das eine seltsame Vorstellung von Souveränität.

Sie sehen: Der Schweizer Tourismus profitiert ungemein von Schengen – und damit auch die Schweiz als Ganzes. Ökonomen von Ecoplan haben errechnet, dass wir im Tourismus dank der Schengen-Erleichterungen im Jahr 2030 bis zu 530 Millionen Franken mehr Einnahmen erzielen. Weil eben mehr Gäste aus den Fernmärkten den Weg hierhin finden. Ich kann die Schätzung nur teilen. Die Vergangenheit hat das bereits bestätigt. Und ich hoffe, dass wir auch in Zukunft darauf zählen können.

Deshalb haben wir uns – zusammen mit zehn weiteren grossen Tourismusverbänden der Schweiz zu einem Komitee für das neue Waffenrecht zusammengeschlossen und werden uns stark im Abstimmungskampf für ein JA engagieren. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Redetext von Kurt Rohrbach, Präsident des Handels- und Industrievereins des Kantons Bern
Bern, 28. März 2019

Attraktiver Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort – dank Schengen

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Medienschaffende

Hier von der Grossen Schanze aus haben wir einen eindrücklichen Ausblick nicht nur auf die Stadt Bern sondern – zumindest bei schönem Wetter – auf die Alpen und die ganze Schönheit dieser Landschaft. Weitblick ist gefragt, insbesondere auch bei der Volksabstimmung über das neue Waffenrecht. Es geht ja nicht nur um Waffen, ich würde sogar sagen nicht in erster Linie um Waffen. Sonst würde die Wirtschaft sich nicht Sorgen machen. Es geht um viel mehr – nämlich um Schengen – und das bewegt die Wirtschaft. Monika Rühl und meine Vorredner haben dazu schon Ausführungen gemacht. Nicht nur als Präsident des Handels- und Industrievereins des Kantons Bern, sondern auch als Bürger ist es mir ein Anliegen, dass wir das auch für die Berner Wirtschaft wichtige Abkommen in Zukunft erhalten können. Als Schütze – seit Kindesbeinen – bin ich zwar auch betroffen, bin aber bereit, kleine Einschränkungen in Kauf zu nehmen, wenn ich schaue, was auf dem Spiel steht.

In der Bundeshauptstadt Bern pulsiert das politische Leben. Doch Bern ist viel mehr als das politische Zentrum. Dank seiner Lage zwischen europäischen Technologiezentren ist der Kanton Bern auch ein geeigneter Standort für die Wirtschaft. Kleinere, mittlere und grosse Firmen verschiedenster Branchen schätzen gute Rahmenbedingungen: hochqualifizierte Arbeitskräfte, gute Verkehrsanbindung sowie Zweisprachigkeit. Viele von ihnen sind denn auch im Export tätig. Sie sind daher besonders auf stabile Beziehungen zu unseren Nachbarländern in Europa angewiesen. Wie schon die Selbstbestimmungsinitiative oder die Kündigungsinitiative stellt dieses Referendum über das neue Waffenrecht die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU auf die Probe und schadet der Planungssicherheit. Dadurch leidet der gesamte Wirtschaftsstandort und Investitionen werden gehemmt. Das ist unsinnig, denn damit würden wir uns quasi ins eigene Fleisch schneiden.

Bern ist aber nicht nur ein attraktiver und agiler Wirtschaftsstandort, sondern auch ein Forschungsplatz – gerade, wenn wir an die Medizin denken – mit dem Potenzial ein wichtiger Faktor bei der Entwicklung eines Medizinalclusters zu sein, der sich in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft entwickelt. Darauf setzen wir und sind stolz. Unsere Universität arbeitet beispielsweise mit verschiedenen Partner-Universitäten auf der ganzen Welt zusammen. Diesbezüglich haben sich die Schengen-Visa nicht nur positiv auf den Schweizer Tourismus ausgewirkt, wie das Herr Züllig eindrücklich illustriert hat. Das Schengener-Abkommen hilft auch, dass unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einfacher reisen können. Mit einem Schengen-Visa kann beispielsweise eine russische Professorin der Universität Bern ohne bürokratische und finanzielle Umstände für zwei Tage an eine Konferenz an einer ausländischen Partner-Universität reisen. Gleichzeitig kann eine indische Forschergruppe, die in Paris an einem Projekt arbeitet, eine Fachtagung bei uns besuchen – ohne dass sie das Schweizer Konsulat in Frankreich aufsuchen und Visa beantragen muss. Das Gleiche gilt noch viel mehr für unsere exportorientierten

Unternehmen, die ihre Mitarbeitenden ohne grosse Hürden zu Meetings in einem anderen Land schicken können.

Fakt ist: Die Nichtumsetzung des neuen Waffenrechts hätte weitreichende Folgen. Von der Schengen-Mitgliedschaft profitieren nicht nur wir Schweizerinnen und Schweizer als Individuen, sondern die gesamte Schweizer Wirtschaft. Laut einer bundesrätlichen Studie fiel das Schweizer Bruttoinlandprodukt (BIP) ohne Schengen-Mitgliedschaft im Jahr 2030 bis zu 3,7 Prozent geringer aus. Die Exporte könnten um bis zu 5,6 Prozent tiefer ausfallen.

Mit ihren rund 38'000 Vollzeitstellen im Tourismus wäre die bernische Volkswirtschaft ganz besonders betroffen.

Es ist unbestritten, dass die Schweizer Volkswirtschaft von der Schengen-Assoziierung und dem Dublin-Abkommen profitiert. In diesem Sinne hoffe ich, dass wir Ihnen die vielfältigen Gründe für ein JA nahelegen konnten. Denn selbst als passionierter Schütze sind mir die Folgen eines Neins zu gravierend.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Intervention de Philippe Miauton, directeur-adjoint de la Chambre vaudoise de commerce et de l'industrie
Berne, le 28 mars 2019

Maintenons la Suisse dans l'espace Schengen et le dispositif Dublin !

Stabilité et sécurité : ce sont deux mots qui reviennent souvent lorsqu'il s'agit de décrire la Suisse. Deux caractéristiques de notre pays qui contribuent aussi bien à la qualité de vie des habitants qu'aux conditions-cadres favorables à notre économie. A l'heure du tout globalisé, la sécurité ne fait pas exception à la règle. Imaginer que notre pays puisse assurer seul son intégrité de ses frontières est illusoire. La criminalité ne connaît malheureusement plus de frontière. Or, le vrai enjeu de ce référendum réside bien plus dans les accords qu'il menace – Schengen-Dublin –, que dans la seule réforme de la loi sur les armes. Pouvons-nous gérer notre sécurité sans coopération avec nos voisins ? Pouvons-nous répondre aux défis de l'immigration sans coopération ?

La Suisse n'est pas une île et rappelons-le, même si c'est évident, elle se situe au centre de l'Europe. Au cœur des voies économiques, touristiques et migratoires. Sans Schengen, les autorités de poursuite pénale n'accéderaient plus au système d'information Schengen (SIS). Ce dernier est un instrument central des autorités de police et de sécurité qui apporte une contribution importante à la lutte internationale contre la criminalité. Rien qu'en 2017, 17'000 réponses pertinentes ont été obtenues grâce au SIS. Si ces recherches policières sont peu connues, elles ne représentent pas moins un élément de stabilité indéniable, tout comme le système d'information sur les visas. De prime abord, les intérêts des entreprises peuvent paraître éloignés de ce sujet, pourtant il est clair que l'économie investit plus dans un pays dont le niveau de sécurité est élevé. Sans Schengen, la Suisse perdrait un atout important dont les effets seraient dommageables à court et à long terme.

La fin de l'association à Schengen sonnerait également le terme de l'association à Dublin, puisque les deux accords sont liés. Nous l'avons bien vu ces dernières années, la crise migratoire ne peut trouver sa solution dans un travail solitaire et isolé. Sans Dublin, la Suisse serait contrainte de contrôler intégralement toutes les demandes d'asiles et n'aurait, que dans certaines limites, la possibilité de renvoyer les personnes dans l'Etat Dublin responsable. Cette seule gestion de dossiers a représenté une économie de 2 milliards entre 2009 et 2016. L'effort économique - que l'absence de l'accord Dublin et le rehaussement des mesures de contrôles aux frontières induiraient - diminuerait d'autant les moyens que la Suisse pourrait investir dans d'autres domaines, sans compter l'incertitude des résultats d'une telle politique.

Dernière conséquence, et non des moindres, quel signal enverrions-nous aux pays voisins, dont l'impact sur notre économie n'est plus à démontrer. Accepter ce référendum reviendrait à péjorer nos relations déjà complexes avec l'Union européenne. Notre économie vit du commerce extérieur. L'UE reste notre premier partenaire commercial. Ce référendum est une énième attaque contre les relations de la Suisse avec Bruxelles. La place économique pâtirait de l'absence de relations stables et l'activité d'investissement s'en trouverait freinée.

La sécurité intérieure est un des principaux critères de sélection des entreprises à la recherche d'une nouvelle implantation. Elle est aussi une condition pour le maintien des

activités dans un pays. Se priver de Schengen et Dublin reviendrait à tirer un trait sur une collaboration sécuritaire et économique qui porte ses fruits, à péjorer nos relations avec nos voisins et à ne plus assurer la même qualité de sécurité. En un mot, porter un coup important aux conditions-cadres qui participent à l'attrait économique de notre pays.



Schlusswort von Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung von economiesuisse
Bern, 28. März 2019

Wie Sie sehen, steht für die Wirtschaft und für die Schweiz am 19. Mai viel auf dem Spiel. Es ist unverständlich, warum man das moderat angepasste Waffenrecht überhaupt umstossen will. Der Bundesverwaltung und dem Parlament ist es gelungen, ein ausgewogenes und verhältnismässiges Gesetz vorzulegen. Dank des Mitspracherechts der Schweiz konnte der Bundesrat bei der Ausgestaltung des neuen Waffenrechts zahlreiche Anpassungen bewirken. So sind Jungschützen nicht von den Anpassungen betroffen und auch Angehörige der Armee können weiterhin wie gehabt ihre Ordonnanzwaffe nach Dienstende übernehmen. Für die Jäger ändert sich nichts. Sportschützen können ebenfalls weiterhin ihrem Hobby nachgehen. Wenn sie künftig eine halbautomatische Waffe mit grossem Magazin kaufen möchten, müssen sie einfach nachweisen, dass sie in einem Verein sind oder regelmässig schiessen. Und wenn sie heute eine solche Waffe besitzen, müssen sie das kurz melden. Das ist alles. Das angepasste Waffenrecht entwaffnet niemanden, und die Schiesstradition der Schweiz bleibt erhalten.

Weil das angepasste Waffenrecht mit seinen zumutbaren Massnahmen im Kampf gegen den Waffenmissbrauch die vielen Vorteile der Schengen-Mitgliedschaft sicherstellt, setzt sich die Wirtschaft klar für diese Vorlage ein.